

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, im Wirtschaftsausschuss haben wir letztens das Vergnügen gehabt, Ihre Digitalstrategie zu hören. In dem Antrag von Herrn Bausback, den Sie ja hier verteidigen, schreibt die CSU, dass ein europäisches Gegengewicht zu bestimmten Konzernen geschaffen werden soll.

Dazu frage ich Sie: Kennen Sie die Anfrage der CSU-Fraktion im Wirtschaftsausschuss an Herrn Prof. Wollmershäuser vom ifo Institut, und kennen Sie dessen Antwort darauf? Er hat gesagt, es gebe keine Chance, dass wir noch ein europäisches Gegengewicht schaffen können. Deswegen läuft der Antrag ins Leere.

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Ich habe jetzt keine Frage vernommen. Dennoch will ich einen Satz dazu sagen. Wenn wir derart unvisionär an Dinge herangehen, können wir gleich sagen, wir können alles vergessen, die Nachhaltigkeit, den Naturschutz. Wir können die Digitalisierung vergessen. Das schaffen wir ohnehin alles nicht. Dann weiß ich aber, ehrlich gesagt, auch nicht, warum Sie hier im Parlament sitzen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Frau Staatsministerin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/3064 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swododa. Gegenstimmen? – Die AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/3092 – das ist der Antrag der AfD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind alle anderen Fraktionen und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Wer enthält sich der Stimme? – Der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Über Feindeslisten von rechtsextremen Chatgruppen aufklären - Bedrohte Bürgerinnen und Bürger schützen (Drs. 18/3065)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Bedrohung durch jede Form des Extremismus ernst nehmen - Feindeslisten aller politisch und religiös extremistischer Gruppen aufklären (Drs. 18/3093)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Katharina Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Rechtsextremismus und rechter Terror sind ein großes Problem in unserem Land. Dass die Gefahr durch rechten Terror nicht nur abstrakter Natur ist, führt uns die

Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke erneut schmerz-
lich vor Augen.

Die Bedrohungslage ist vielfältig. Ich werde Ihnen jetzt einige Dinge nennen, bei
denen man im ersten Moment denkt: Das kann es doch gar nicht geben!

Es gibt aber eine "Nordkreuz"-Chatgruppe, in der rund 30 Personen organisiert
waren, die sich auf den sogenannten Tag X vorbereitet haben, und zwar paramilitä-
risch. An diesem sogenannten Tag X sollte die staatliche Ordnung zusammenbre-
chen, und dann wären sie am Ziel. In dieser Chatgruppe waren Polizisten, Anwäl-
te, Reservisten, KSK-Angehörige, Kampfsportlehrer und Sportschützen.

Die Chatgruppe "Nordkreuz" ist aber nicht alleine. Sie ist Teil eines größeren Netz-
werks von Chatgruppen, zu denen auch die Gruppen "Südkreuz", "Westkreuz" und
"Ostkreuz" gehören. Es gibt einen Gründer und einen zentralen Koordinator, be-
kannt unter dem Namen André S. Vielleicht kennen Sie sein Pseudonym "Hanni-
bal", haben es vielleicht schon einmal in der Presse gelesen. Er ist ein ehemaliger
Offizier und Ausbilder beim Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr.

Vielleicht hat der eine oder andere diese im ersten Moment irre Geschichte vom
Oberleutnant und ehemaligen KSK-Soldaten Franco A. im Kopf, der sich als jüdi-
scher Flüchtling ausgegeben hat und Anschläge geplant haben soll, um sie dann
Geflüchteten in die Schuhe zu schieben. Auch dieser Mann ist Teil des Chatgrup-
pen-Netzwerks von "Hannibal" gewesen, und er war in der "Südkreuz"-Gruppe or-
ganisiert. Als die Behörden dem nachgegangen sind und eine Durchsuchung bei
einem Administrator der "Nordkreuz"-Gruppe, bei Marco G., durchgeführt haben,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

fand man mehrere Zehntausend Schuss Munition – diese Munition wurde teilweise
aus Polizeibeständen entwendet – und eine Vielzahl von Waffen. Marco G. ist ein
ehemaliger SEK-Beamter und AfD-Mitglied. Man sieht also, die rechtsextreme und
rassistische Partei AfD mischt auch dort fleißig mit.

Als das BKA dann eine Durchsuchung der Wohnung eines Kripobeamten in Lud-
wigslust, Haik J., vorgenommen hat, hat man eine Liste mit 25.000 Namen, Adres-
sen und teilweise auch Wohnungsskizzen von vermeintlichen politischen Gegnern
aus dem gesamten Bundesgebiet gefunden. Bei den Betroffenen handelt es sich
sowohl um Politikerinnen und Politiker der LINKEN, der GRÜNEN und der SPD als
auch um Aktivistinnen und Aktivisten aus der Zivilgesellschaft.

Die Bundesanwaltschaft ermittelt in diesem Fall wegen Vorbereitung einer schwe-
ren, staatsgefährdenden Gewalttat. Im Klartext geht es hier also um rechten Terro-
rismus.

Wenn man das alles zusammenfasst und sich überlegt, dass es in unserem Land
Gruppen gibt – bestehend aus Polizisten und Ex-Polizisten, aus Reservisten oder
KSK-Gruppen –, die sich auf einen "Tag X" vorbereiten, dass es Leute gibt, die Mu-
nition, Waffen, rund 200 Leichensäcke und Ätzkalk bunkern, dann ist das, Kollegin-
nen und Kollegen, ein massives Problem. Darüber müssen wir hier sprechen.

Das kreiden wir GRÜNEN Ihnen an: Bei diesem Thema ist es seltsam still. Wenn
es nicht Journalistinnen und Journalisten geben würde, die an dem Thema dran-
bleiben, wüssten wir ganz vieles nicht. Ich habe schon im letzten Jahr eine Anfrage
an die Staatsregierung gerichtet. Damals wurde mir noch geantwortet, es gebe gar
keine Anhaltspunkte dafür, dass es sich um Feindes- oder Todeslisten handeln
würde. Ich finde, diese Einschätzung muss auf der Basis der aktuellen Medienre-
cherchen unbedingt revidiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss die Gefährdungslage der Personen auf diesen Listen neu bewerten, muss die Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, die ergriffen werden müssen, und muss diese Menschen umfangreich informieren. Natürlich müssen diese Gruppen endlich als rechtsextreme Terrorgruppen eingeordnet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man mag im ersten Moment glauben: Das ist doch verrückt; das kann es in unserem Land doch nicht geben. Was tun diese Menschen dort? Ich finde, dass es Aufgabe der Staatsregierung ist, aber auch Aufgabe von uns als Parlament, dort genau hinzuschauen, das zu thematisieren, Transparenz hineinzubringen und vor allem alles dafür zu tun, dass rechter Terror und Rechtsextremismus in unserem Land keinen Platz mehr haben. Genau das fordern wir in unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei der Rednerin und darf den nächsten Redner aufrufen, Herrn Abgeordneten Stefan Löw von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Löw, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Wertes Präsidium, wertee Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag zeigt wieder einmal, dass die GRÜNEN auf dem linken Auge blind sind. Wäre die Welt so einfach gestrickt, wie es Ihrer Betrachtungsweise entspricht, bestünden für unser Land freilich weniger Gefahren. Aber das entspricht leider nicht der Realität.

Während sich Ihre Auffassungsgabe rein auf das rechte Spektrum von Gewalt und Extremismus beschränkt, lehnen wir von der AfD jede Form davon ab.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das beinhaltet rechten, linken und religiösen Extremismus. Feindeslisten sind ein verachtenswertes Instrument, das aber nicht nur ein Werkzeug der Rechten ist, sondern auch von Linksextremen benutzt wird. Beispielsweise im Portal Indymedia werden persönliche Daten politischer Gegner ohne Rücksicht auf datenschutzrechtliche Vorschriften veröffentlicht: Adressen, Namen von Familienangehörigen, Autokennzeichen – all das können Sie dort finden. Auch das ist einer Feindesliste gleichzusetzen.

Die Einstellung der GRÜNEN mit ihrer einseitigen Betrachtungsweise dieser Gefahr für unseren Rechtsstaat ist fragwürdig. Wohin kämen wir, wenn wir plötzlich zwischen gutem und schlechtem Extremismus unterscheiden würden? – Deshalb haben wir einen nachgezogenen Antrag zum Antrag der GRÜNEN eingebracht, der eines demokratischen Rechtsstaats würdig ist, denn jede Form von Extremismus ist zu bekämpfen und abzulehnen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Löw, und darf den nächsten Redner aufrufen, den Abgeordneten Dremel von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Holger Dremel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Extremismus ist zu verachten und zu bekämpfen. Wir als Christsoziale tolerieren keinen Extremismus, sei es Linksextremismus, Rechtsextremismus oder jede andere Form von Extremismus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der AfD)

Liebe Frau Schulze, auch im Ausschuss haben wir über die Chatgruppe "Nordkreuz" und deren Nachfolger bereits gesprochen und diskutiert. Dazu gibt es bereits Ermittlungen des Bundeskriminalamts unter Fachleitung des Generalbundesanwalts. Zu dem laufenden Ermittlungsverfahren, das verstehen wir, können keine Aussagen getroffen werden.

Wir müssen aber auch selbst erkennen, dass diese Listen sehr viele Personen beinhalten, für die sowohl nach der Bewertung des BKA als auch nach der Einschätzung der Länder, die für die Gefährdungseinschätzung zuständig sind, keine konkreten Gefahren bestehen, nur weil die Personen auf dieser Liste stehen.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Wir nehmen diese Listen und die Namensnennungen ernst. Die Angaben werden letztendlich auch von unseren Ermittlungsbehörden überprüft, aber pauschale Informationen an alle Personen, die auf diesen Listen stehen, würden, denke ich, zu einer unverhältnismäßigen Verunsicherung der Bevölkerung und auch vieler einzelner Personen führen.

Für diejenigen, die konkret gefährdet sind und für die sich eine konkrete Gefahr ableiten lässt, werden Maßnahmen der Länderpolizeien durchgeführt. Die Länder, auch wir in Bayern, entscheiden letztendlich, ob das erforderlich ist, wie lange die Maßnahme ergriffen wird, wie sie wirken soll und in welchem Umfang gehandelt wird – dies aber bitte anlassbezogen. Für alle, die auf dieser Liste stehen, Schutzmaßnahmen zu ergreifen, wäre überzogen.

Meine Damen und Herren, wir als Christsoziale sind weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind. Wir haben im Ausschuss bereits Chatverläufe diskutiert. Nach Prüfung der Sachlage müssen wir beide Anträge ablehnen. Sicherlich gibt es, Frau Schulze, auch schwarze Schafe unter Polizeibeamten oder Soldaten, aber der Staat hat gezeigt, dass man solche Leute konsequent hinauswirft. Das ist auch ganz richtig so. Von solchen Leuten muss sich der Staat trennen.

Die Ermittlungsbehörden leisten gute Arbeit, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das sollten wir ihnen auch zutrauen, und wir sollten sie ihre Arbeit weiterführen lassen. Die Ermittlungen laufen. Konkret gefährdete Personen werden geschützt. Wir können diese beiden Anträge deswegen ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Toni Schuberl von den GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege.

Toni Schuberl (GRÜNE): Sie haben gesagt, die Polizei in den Ländern überprüft, ob eine Gefährdungslage vorliegt, und nur dann werden die betroffenen Personen informiert. Ich muss ehrlich sagen: Würde ich auf einer solchen Liste stehen, dann würde ich von der Polizei erwarten, dass sie mich informiert. Dabei könnte sie sagen, welche Gefährdungslage konkret besteht und warum sie glaubt, dass eigentlich keine Gefahr besteht. Aber ich will es wissen, wenn ich auf einer solchen Liste stehe.

Wollen Sie das nicht wissen? Können Sie dieses Gefühl nicht verstehen? Ein Regierungspräsident ist in seinem Zuhause erschossen worden. Im Grunde wurde in unserem Land in den letzten Jahren immer wieder jemand von rechtsextremistischen Terroristen erschossen.

Man muss das wissen, man muss sich selbst einen Eindruck verschaffen können. Man muss auch überlegen können: Will ich zu Hause Sicherungsmaßnahmen ergreifen oder nicht? Wie stehen Sie dazu?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege.

Holger Dremel (CSU): Ich verstehe, was Sie mir sagen wollen. Allerdings hat der Mord an dem Regierungspräsidenten, der in diesem Plenum bereits öfter angesprochen worden ist und der hart zu verurteilen ist, mit dieser Todesliste, denke ich --

(Unruhe – Gülseren Demirel (GRÜNE): Natürlich!)

Aber pauschale Informationen für alle, die auf solchen Listen stehen, würden genau das fördern, was diese Extremisten wollen. Das würde ihnen, genau wie diese heutige Debatte, unnötigerweise medialen Raum gewähren.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das ist doch Quatsch! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Die wollen Angst und Schrecken verbreiten. Der Staat hat die Lage mit seinen Sicherheitsbehörden schon im Griff. Er schützt seine Bürger, und darauf können wir uns aus meiner Sicht auch verlassen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. – Der nächste Redner ist der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion. Herr Abgeordneter Ritter, bitte.

Florian Ritter (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ganz vorweg: Selbstverständlich sind wir der Meinung, dass Menschen, die auf so einer Liste stehen, informiert werden müssen. Sie müssen unter anderem deshalb informiert werden, weil sich viele dieser Menschen, die auf solchen Listen stehen, einer Bedrohung gar nicht bewusst sind. Es sind nämlich Menschen, die nicht im Licht der Öffentlichkeit stehen, sondern als Hauptamtliche ganz normal ihren Job in einer Sozialverwaltung machen oder vielleicht ehrenamtlich in der Flüchtlingsbetreuung engagiert sind. Diese Menschen können gar nicht einschätzen, dass sie zur Zielscheibe gemacht werden sollen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Daher ist es für uns überhaupt keine Frage, dass wir dem Antrag der GRÜNEN zustimmen werden.

Solche Listen gibt es schon lange. Es gibt Hinweise darauf, dass bereits von der Wehrsportgruppe Hoffmann Informationen über den später ermordeten Shlomo Lewin gesammelt worden sind. Später wurde das in der sogenannten ANTIKO erstmals systematisch gemacht. In der Öffentlichkeit ist es richtig zum Thema geworden, als die Liste mit den fast 10.000 potenziellen Opfern des NSU, von denen 400 ausgeforscht wurden, an die Öffentlichkeit gekommen ist.

Kolleginnen und Kollegen, es gibt nicht nur Listen, die sozusagen "traditionellerweise" – das sage ich in Anführungszeichen – heimlich auf Computern geführt und in Internetchats weitergegeben werden. Mittlerweile werden personenbezogenen Daten von Menschen völlig frei in sozialen Netzwerken mit dem Ziel verbreitet, Hasskampagnen zu organisieren, die Betroffenen zu bedrohen und einzuschüchtern, was immer wieder mit Gewaltaufrufen verbunden wird.

Herr Innenminister Herrmann, vielleicht erinnern Sie sich noch an eine Debatte, die wir im Innenausschuss vor Jahr und Tag geführt haben, bevor die militante Islamhasserszene vom Landesamt überwacht worden ist. Damals habe ich von Ihnen eine Einschätzung der Internetplattform PI-News eingefordert. Wir hatten eine sehr intensive Debatte. Bereits damals war es ein Thema, dass Berichte mit personenbezogenen Informationen abgegeben und in den Kommentaren regelrechte Ausbrüche an Hass- und Gewaltphantasien provoziert worden sind. Damals haben wir tatsächlich die rechtsextreme Gewalt noch hauptsächlich innerhalb dieser Kaderorganisationen verortet. Daran hat sich einiges geändert. Mittlerweile wissen wir, dass auch andere Menschen bereit sind, sich aufstacheln zu lassen.

Vieles hat sich geändert. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist hinzugekommen. Nicht geändert hat sich die Strategie, die von PI-News ausgeht. Nach wie vor werden hier Menschen bedroht und personenbezogene Daten auch veröffentlicht. So ist beispielsweise die Privatadresse von Herrn Lübcke seit 2015 bis zu der Woche in diesem Jahr, in der er ermordet wurde, offiziell auf dieser Seite gestanden.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns aktive Demokratinnen und Demokraten, Menschen, die sich für ein gutes Zusammenleben aller Menschen in Bayern einsetzen, schützen. Lassen Sie uns diesem Antrag zustimmen. Herr Minister, schützen Sie diese Menschen auch vor Hass- und Bedrohungskampagnen, schützen Sie diese Menschen vor der immer größer werdenden Gewaltbereitschaft in der rechtsextremen Szene, und verbieten Sie die Internetplattform PI-News, von der wir wissen, dass sie in Bayern verortet ist und dass hier die Verantwortlichen sitzen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich danke für Ihre Worte und darf den Herrn Landtagsvizepräsidenten Alexander Hold als Sprecher für die FREIEN WÄHLER aufrufen.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sprechen hier über unvorstellbar widerwärtiges Verhalten in Chatgruppen. Wir sprechen natürlich auch über die Feigheit in der Anonymität des Internets. Wir sprechen aber vor allem von einer Bedrohung, die wir nicht verharmlosen dürfen. Wer sich Gedanken über den Erwerb von Leichensäcken und Löschkalk für Massengräber macht, weil er von einer Machtübernahme am Tag X träumt, an dem er politische Gegner liquidieren will, der verdient tatsächlich höchste Aufmerksamkeit aller Demokraten und natürlich auch allerhöchste Aufmerksamkeit aller Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern. Die Frage ist aber, ob diese Leute auch die höchste Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verdient haben.

Den extremistischen Chatgruppen ist die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden sicher, egal, aus welcher politischen oder weltanschaulichen Richtung sie kommen. Das hat der Kollege Dremel hier schon genau erklärt. Ich erspare mir daher Wiederholungen. Es muss aber der professionellen Einschätzung von Bedrohungslagen durch BKA, LKA usw., aber auch deren Ermittlungstaktik überlassen bleiben, wann und in welchem Ausmaß Personen und Einrichtungen darüber informiert werden, dass sie auf solchen Listen stehen. Wir haben in unserer Fraktion ein Problem damit, wenn mit solchen Anträgen zwei Ziele verfolgt werden.

Erstens wird ohne jede Substanz und ohne jeglichen Ansatz dafür, dass die Sicherheitsbehörden ihrer Verantwortung nicht gerecht würden, zwischen den Zeilen der Eindruck erweckt, es gäbe Versäumnisse unserer Behörden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie glauben, dass es tatsächlich Versäumnisse gibt, dann legen Sie die auf den Tisch. Ansonsten rühren Sie darin bitte nicht herum.

Zweitens wird auf diese Art und Weise letzten Endes ohne jegliche Not extremistischen Gruppen ein Raum gegeben, den sie in der Öffentlichkeit nicht verdient haben.

Die AfD formuliert einen Antrag ins Blaue und fordert die Staatsregierung auf, sie möge den Extremismus ernst nehmen. Ja, nimmt die ihn nicht ernst? – Mit dem anderen Antrag verbessert sich die Sicherheitslage in keiner Weise; nur gewaltbereite Extremisten freuen sich über das Medienecho und finden Nachahmer und vielleicht zusätzliche Aufmerksamkeit im Netz. Weder das eine noch das andere kann unsere Zustimmung finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, wir haben eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Swoboda. Bitte.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Hold, ich teile Ihren Befund voll und ganz. Eines teile ich nicht, dass dieses Thema nicht ins Parlament und nicht in die Öffentlichkeit gehört. Ich habe großes Verständnis für das Anliegen der GRÜNEN. Ich teile auch das, was hier vorgetragen wurde. Mich stört aber, dass hier im Parlament immer nur auf den rechten Rand geschielt wird. Niemand im Parlament schielt auf den linken Rand. Die GRÜNEN haben auch einen Hinterhof. Der G-20-Gipfel in Hamburg und auch andere Vorkommnisse haben uns das bewiesen. Ich wünsche mir schon, dass wir Abgeordnete uns im Klaren sind, dass das ein ganz wesentliches Thema ist, das nicht nur die Sicherheit unserer staatlichen Einrichtungen und die Sicherheit der Bevölkerung im Einzelfall, sondern die Sicherheit der Gesellschaft als Ganzes betrifft. Ich hoffe, dass der Herr Innenminister dazu ein paar deutliche Worte spricht.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. – Bitte schön, die Antwort.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Kollege Swoboda, im Parlament ist das Thema doch jetzt. Das ist überhaupt keine Frage, das ist auch richtig so. Wenn Sie genau hingehört haben, haben Sie bemerkt, dass ich ausdrücklich gesagt habe: Die Aufmerksamkeit aller Sicherheitsbehörden ist extremistischen Chatgruppen sicher, egal, aus welcher politischen Richtung sie kommen. Ich habe nicht nur vom rechten oder nur vom linken Rand gesprochen. Egal, aus welcher politischen Richtung! Ich bleibe dabei: Letzten Endes muss es der professionellen Einschätzung der Sicherheitsbehörden, des BKA und des LKA, überlassen bleiben, was sie tatsächlich an die Öffentlichkeit bringen. Ein Antrag, in dem steht, die Bayerische Staatsregierung möge doch bitte den Extremismus ernst nehmen, ist – es tut mir leid – ein bisschen zu wenig für uns im Parlament hier.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die weitere Intervention kommt von Herrn Abgeordneten Stadler von der AfD-Fraktion. Bitte.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Hold, wäre es nicht angebracht, dass man auch in den eigenen Reihen schaut? Wenn man solche Facebookbeiträge sieht wie von Dr. Fabian Mehring mit "Soldatenkameradschaft" und Bemerkungen wie "In Treue fest" und solchen SS-Sprüchen, das kann doch gar nicht sein. Wenn das jemand von der AfD sagt, dann wird er zerlegt. Also bitte einmal in den eigenen Reihen auch schauen. Bitte!

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das müsst ihr aber rügen! – Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): "SS-Sprüche"!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Ich habe jetzt zwar nicht genau verstanden, was Sie wirklich aussagen wollen. Ich habe nur herausgehört, dass Sie den Herrn Dr. Fabian Mehring in die Nähe von Extremismus rücken, und das möchte ich hier nicht nur in aller Schärfe zurückweisen. Ich möchte auch dem Präsidium nahelegen, darauf zu reagieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich kann in keiner Weise nachvollziehen, auf welche Fakten Sie das gründen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Der Abgeordnete Ralf Stadler (AfD) hält ein Papier hoch)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Zu diesem Antrag wurde namentliche Abstimmung beantragt.

(Zurufe)

– Ja, wir haben eine Formulierung gehabt, die möglicherweise eine Rüge nach sich zieht. Wir möchten die Sache aber noch genau überprüfen. Ich bitte um Nachsicht, ich möchte noch das Stenogramm lesen.

(Horst Arnold (SPD): Vor oder nach der Sommerpause? – Hans Herold (CSU): Sondersitzung!)

Ich darf im Augenblick diesen Tagesordnungspunkt mit dem nächsten Redner fortsetzen. Ich rufe Herrn Kollegen Martin Hagen von der FDP-Fraktion auf. Bitte schön, Sie haben das Wort.

In der Zwischenzeit schauen wir uns das Protokoll an.

(Zuruf von der SPD)

Bitte schön, Herr Kollege Hagen, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Meine Damen und Herren! Auch wenn es hier verständlicherweise ein bisschen Unruhe gibt: Wie ich gehört habe, ist der Kollege Dr. Mehring von der rechten Seite tatsächlich in einem Atemzug mit den Menschen genannt worden, um die es in diesem Antrag geht. Das ist eine erneute Entgleisung.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Unruhe und lebhafter Widerspruch bei der AfD – Ralf Stadler (AfD): Zuhören!)

Ich bin völlig fassungslos.

(Anhaltende Unruhe bei der AfD)

– Sie schreien immer noch hinterher. Ich bin völlig fassungslos.

(Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte Platz nehmen!

Martin Hagen (FDP): Sie blöken hier in einer Art und Weise – –

(Anhaltende Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bitte um Ruhe! Das Wort hat der Kollege Hagen und sonst niemand!

Martin Hagen (FDP): Wir versuchen hier, die letzten Minuten vor der Sommerpause unserer Legislaturperiode halbwegs anständig über die Bühne zu bringen.

(Zuruf von der AfD – Eva Lettenbauer (GRÜNE): Ruhe! – Weitere Zurufe von der AfD)

Sie schaffen es, selbst in dieser letzten Phase noch mit erneuten Entgleisungen zu provozieren. Sie sind eine Schande für dieses Haus! Und es wird auch nicht besser.

(Anhaltender Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Lebhafter Widerspruch bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine Damen und Herren!

Martin Hagen (FDP): Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin den GRÜNEN dafür dankbar, dass sie diesen Antrag heute ins Parlament gebracht haben. Werte Kollegin Schulze, ich bin vor allem dafür dankbar, dass Sie hier so detailliert dargelegt haben, was es mit diesem Netzwerk auf sich hat.

Denn es ist tatsächlich so, dass wir in den Medien – so ist jedenfalls mein Eindruck – relativ wenig darüber gehört haben, dass es hier rechtsextreme Strukturen gibt. Das sind rechtsextreme Strukturen, die tief in die Bundeswehr und die Polizei hineinreichen. Das sind Strukturen, in denen Waffen gehortet und Pläne geschmiedet werden und in denen Todeslisten kursieren. Wir wissen auch spätestens seit dem Morden des NSU und seit der Ermordung des Regierungspräsidenten Walter Lübcke, nach der ein Vertreter Ihrer Fraktion es nicht einmal für nötig befunden hat, ihm die letzte Ehre zu erweisen, dass das alles keine Folklore ist, die man nicht ernst nehmen muss. Wenn Ihnen im Fall der Aufdeckung eines rechtsextremen Netzwerks, das nachweislich einen Umsturz und die Ermordung von Politikern plante, wenn Ihnen in einem solchen Fall nichts Besseres einfällt, als zu sagen, es gebe auch Linksextremismus, dann ist das Whataboutism. Das zeigt einfach, dass Sie sich davon angesprochen fühlen.

Natürlich gibt es Linksextremismus und religiösen Extremismus. Wenn wir aber einen konkreten Verdacht und Indizien für ein rechtsextremes Netzwerk haben, wenn wir wissen, dass Todeslisten kursieren, dann ist es legitim, darüber zu sprechen. Es ist nicht legitim, davon mit irgendwelchen Manövern abzulenken.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich möchte es wissen, wenn ich auf einer solchen Liste stehe. Ich möchte es nicht der Beurteilung von Sicherheitsbehörden überlassen, wenn ich und meine Familie, meine Frau und meine Kinder auf solchen Todeslisten stehen. Ich möchte es im Zweifel selber wissen und auch selber Maßnahmen ergreifen können. Deshalb stimmen wir diesem Antrag zu.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine Damen und Herren, es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Herr Abgeordneter Winhart, bitte schön.

Andreas Winhart (AfD): Lieber Martin Hagen, ich bin über die Äußerung entsetzt, mit der Polizei und Bundeswehr grundsätzlich unter Generalverdacht gestellt werden.

Ich kann auch einmal dazu sagen: Weißt du eigentlich, wie viele der AfD-Fraktion, die hier sitzen, auf irgendwelchen linken Todesdrohungslisten oder sonstigen Listen --

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Oje!)

Weißt du eigentlich, wie viele unserer Leute Morddrohungen erhalten haben? – Der Kollege Bergmüller, der Kollege Bayerbach! Bei mir waren es im letzten halben Jahr um die zehn. – Da seid ihr blind. Das seht ihr überhaupt nicht. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass es das nicht sein kann.

Ihr springt populistisch auf dieses Thema auf. Dass aber auf beiden Seiten entsprechende Gewaltpotenziale vorhanden sind, blendet ihr komplett aus. Ich muss ganz ehrlich sagen: Davon bin ich bitter enttäuscht.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oje!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Hagen, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege, wenn Sie auf irgendwelchen Todeslisten stehen, dann rate ich Ihnen, damit zur Polizei und zur Staatsanwaltschaft zu gehen. Genau da ist es auch richtig aufgehoben.

(Roland Magerl (AfD): Das interessiert euch nicht! – Weitere Zurufe von der AfD)

Selbstverständlich verurteilen wir, egal, aus welcher Richtung sie kommen, Drohungen, Gewalt oder Schlimmeres gegenüber jeglichem Politiker. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Die Unterstellung, dass wir Angehörige unserer Sicherheitsorgane unter Generalverdacht stellen, indem wir den Fakt benennen, dass dieses Netzwerk bis in Polizei und Bundeswehr hineinreicht – das ist nun einmal nachgewiesen, und deswegen ist das Netzwerk ja so gefährlich, weil Waffen entwendet wurden, die diesem Netzwerk zur Verfügung stehen –, ist wirklich absurd. Die Fakten liegen auf dem Tisch, und Sie können diese Fakten nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Hagen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Wort hat jetzt Herr Staatsminister Joachim Herrmann. Herr Staatsminister, ich bitte um Ihr Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es gibt eine selbstverständliche breite Übereinstimmung in diesem Hohen Haus darüber, dass wir jede Form von Extremismus energisch bekämpfen und insbesondere dem Verdacht des Rechts extremismus in jeder Form nachgehen müssen. Es ist auch selbstverständlich,

dass das Bundeskriminalamt und die Behörden anderer Länder diesen Fällen konsequent nachgehen. Die Fälle, die hier genannt werden, spielen sich ja alle in anderen Bundesländern ab. Ich darf Ihnen ausdrücklich sagen, dass sich die bayerischen Behörden in Gestalt von Polizei und Verfassungsschutz natürlich sofort mit jedem solcher Fälle befassen und prüfen, inwieweit es Bezüge zu Bayern gibt. Sie prüfen auch, inwieweit einerseits potenzielle Opfer und andererseits Täter irgendeinen Bezug zu Bayern haben könnten. All das ist klar. Ich denke, dazu steht das gesamte Hohe Haus. Meine Damen und Herren, das wird auch weiterhin konsequent so betrieben werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist zwar nicht Gegenstand des Antrags, aber ich will, damit keine anderen Behauptungen aufgestellt werden, ausdrücklich sagen, dass wir das selbstverständlich im Bereich des Linksextremismus oder des islamistischen Terrorismus genauso tun. Es gibt in all diesen Bereichen Listen. Ich will das noch einmal ausdrücklich sagen. Man soll jetzt aber nicht das eine gegen das andere aufrechnen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Genau!)

Das macht es überhaupt nicht besser. Es ist schlimm genug, dass es das eine und das andere und noch mehr gibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ja, die Sicherheitsbehörden in Deutschland haben von solchen Listen Kenntnis. Es wird hier vieles, was Bedrohungslage und Reaktion der Sicherheitsbehörden darauf angeht, in einen Topf geworfen. Wir haben sowohl rechte, linke wie auch anders gelagerte Bedrohungslagen. Solche Dinge, die im Internet stehen, sind sowieso für jeden zugänglich.

Wovon hier eigentlich die Rede sein sollte, was aber, mit Verlaub, in der bisherigen Debatte durcheinandergeworfen worden ist: Das größere Problem sind solche Dinge, die nicht im Internet stehen. So war das bei den Chatgruppen "Nordkreuz" und "Südkreuz". Die Informationen darüber sind das Ergebnis von Durchsuchungs- und Ermittlungsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden. Diese Informationen werden zurzeit selbstverständlich intensiv ausgewertet. Manches wird dann veröffentlicht werden. Manchen Fällen geht man dann im Einzelnen nach. In aller Regel ist bei Terrorismusverdacht das Bundeskriminalamt im Auftrag des Generalbundesanwalts federführend. Dort wird in der Regel auch entschieden, wie im Einzelnen vorgegangen wird. Ich bitte um Verständnis dafür, dass bei dieser Entscheidung differenziert wird.

Es gibt Fälle, in denen der Generalbundesanwalt entscheidet, überhaupt nichts zu veröffentlichen, weil er die Ermittlungen als vorrangig ansieht. Es steht in seiner Befugnis, darüber zu entscheiden. Darüber können nicht wir im Bayerischen Landtag befinden. Ich bitte um Verständnis dafür, dass der Generalbundesanwalt über bestimmte Dinge striktes Auskunftsverbot erlässt. Darüber kann ich mich nicht hinwegsetzen. Ich weise bei einer Anfrage darauf hin, dass sich der Generalbundesanwalt jede Auskunft selbst vorbehalten hat. Ich kann dann darüber keine Auskünfte geben. Bitte nehmen Sie das in dieser Differenziertheit, wie sie in unserem Rechtsstaat existiert, wahr.

In manchen Situationen ist es dringend erforderlich, potenzielle Opfer, die auf Listen stehen, unmittelbar zu informieren. In anderen Situationen gelangen die Sicherheitsbehörden zu der Einschätzung, dass keinerlei oder keine ernsthafte Gefährdung vorliegt. Daher sehen sie keine Veranlassung zum Einschreiten. Ich bitte um Verständnis hierfür. Das ist der reale Alltag unserer Sicherheitsbehörden.

Es gibt auch Bombendrohungen. Es gibt Bombendrohungen gegen Veranstaltungen, bei denen die Polizei zu dem Ergebnis kommt, dass die Veranstaltung abgebrochen und der Veranstaltungsort geräumt werden müssen. Dies wird gemacht, wenn die Polizei die Situation für relativ kritisch hält. Es gibt aber genauso wirre Bombendrohungen gegen Veranstaltungen, auch gegen hochkarätige Veranstaltungen wie Musikfestivals oder Fußballspiele. Das hat es auch schon in Bayern gegeben. Nach realistischer Einschätzung kommt man zu dem Ergebnis, dass die Drohungen unrealistisch sind und es keinen Anlass dafür gibt, die Veranstaltung abzubrechen oder das Stadion zu räumen. Während eines laufenden Fußballspieles werden die Zuschauer im Stadion nicht darüber informiert, dass eine unrealistische Bombendrohung vorliegt. Ansonsten würde man nämlich das größte Chaos anrichten. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die Sicherheitsbehörden bei solchen Situationen den Einzelfall beurteilen und darüber entscheiden müssen, welche Informationen sie an die Öffentlichkeit geben und ob bzw. wann sie eine Person informieren.

Die Behörden müssen auch entscheiden, wann die Öffentlichkeit nicht verunsichert werden soll, weil die Drohung letztendlich nur für einen Fake gehalten wird. Wir müssen immer auch Realisten sein. Das gilt für den Rechtsextremismus, den Linksextremismus und den Islamismus. Es ist Teil des terroristischen Alltags, die Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen. Dies geschieht nicht nur mit realen Taten, sondern auch indem Drohungen in die Welt gesetzt werden, mit denen versucht wird, die Menschen ständig zu verunsichern. Dadurch wird versucht, unser tägliches Leben zu beeinflussen. Deshalb ist es seit jeher meine Linie, diese Dinge ernst zu nehmen, jedem Verdacht konkret nachzugehen, Täter und auch solche, die Drohungen in die Welt setzen, möglichst dingfest zu machen.

Wir müssen andererseits aber aufpassen, dass wir uns unser freiheitliches Leben, wie wir es gewohnt sind, von solchen Terroristen und teilweise unrealen Androhungen und Bedrohungen nicht kaputtmachen lassen. Das eine ist so wichtig wie das andere.

Deshalb bin ich gerne dazu bereit, zu den einzelnen Punkten in den dafür zuständigen Ausschüssen zu berichten, soweit dies nach dem Ermittlungsstand notwendig ist. Wir haben aus der Vergangenheit gelernt. Das sage ich insbesondere auch in puncto NSU. In der Tat ist es wichtig, dass wir im Falle einer konkreten Bedrohung die unmittelbar Betroffenen darüber informieren. Wir müssen aber auch konsequent deutlich machen, dass wir effektiv arbeitende Sicherheitsbehörden haben. Diese arbeiten konsequent. Ich darf Ihnen mitteilen, dass Sie sich auch in Zukunft auf die gute Arbeit der bayerischen Sicherheitsbehörden verlassen können. Deshalb bitte ich darum, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Zu einer persönlichen Erklärung zur Aussprache hat sich nach § 112 der Geschäftsordnung der Kollege Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN gemeldet.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Verehrtes Präsidium, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich bedauere zunächst auf der einen Seite ausdrücklich, aufgrund einer weiteren unfassbaren Skurrilität unseren gemeinsamen Start in die politische Sommerpause hinauszögern zu müssen. Auf der anderen Seite bin ich schon fast dankbar für die damit verbundene Gelegenheit, vor diesem Auditorium und der geneigten Öffentlichkeit das in unfassbarer Weise geschichtsvergessene Geschichtsbewusstsein der AfD offenlegen zu können und den Menschen in Bayern einmal mehr vor Augen führen zu können, welche Fratze es für uns als Demo-

kratinnen und Demokraten gilt, Ihnen, Kollegen von der AfD vom Gesicht zu reißen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Zunächst zum Sachverhalt: Ich hatte als demokratisch legitimiertes Mitglied des Bayerischen Landtags die Ehre, im Rahmen der Weihe einer neuen Fahne der Soldatenkameradschaft in meiner Heimatkommune Gast zu sein. Dort sind die Menschen am Kriegerdenkmal zusammengekommen, um auf die Opfer der Weltkriege aufmerksam zu machen. Diese Menschen tragen als Friedensbotschafterinnen und Friedensbotschafter für unseren Freistaat Bayern die Erinnerung an die Schrecken des Nazi-Regimes nach außen. Ich habe diesen Menschen sehr gerne und aus voller Überzeugung die Ehre erwiesen. Es gilt jetzt einzuordnen, was Sie offenbar nicht einordnen können: Ich habe den Spruch: "in Treue fest" gepostet. Das ist der Leitspruch der Bayerischen Soldatenkameradschaft. Das ist der Leitspruch derjenigen Menschen, die für uns die Erinnerungskultur aufrechterhalten, damit so etwas wie Sie in Zukunft nicht mehr passieren kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der AfD)

Damit Sie auch etwas lernen, darf ich Sie darüber aufklären, dass das nicht nur der Leitspruch der Bayerischen Soldatenkameradschaft ist, sondern dass das, rekurrierend auf das Haus Wittelsbach, auch der Wahlspruch des Königsreiches Bayern ist, und das seit dem Jahr 1444. Dieser Spruch steht auf jeder Fahne einer jeden Soldatenkameradschaft, einer jeden ehrenamtlichen Vereinigung von Menschen, die die Erinnerungskultur in unserem Land aufrechterhalten. Kollegen von der AfD, vor allen Dingen ist dieser Spruch 1934, in der dunkelsten Zeit der Geschichte dieses Landes, einmal verboten worden, und zwar von den Nationalsozialisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Kollegen von der AfD, dass Sie mich damit in Misskredit zu bringen versuchen, ist das eine, und zwar mit der Aussage, es handle sich dabei um einen SS-Spruch. Ich zitiere aus dem Protokoll der öffentlichen Sitzung dieses Hohen Hauses.

Ein SS-Spruch, der auf der Fahne ehrenamtlich engagierter Menschen steht, die am Kriegerdenkmal an verstorbene Soldaten erinnern, ein SS-Spruch als Anwurf an Menschen, die im Ehrenamt die Erinnerungskultur in diesem Land aufrechterhalten: Das ist ein neuer Gipfel der Unzumutbarkeit Ihres Agierens im Hohen Hause. Ich hoffe, dass alle Menschen in Bayern das hier verfolgt haben. Sie haben sich einmal mehr als intellektueller Totalausfall erwiesen, vor allen Dingen aber als eine Zumutung für dieses Parlament, für alle Demokratinnen und Demokraten, ja für die Menschen in Bayern. Sie sind eine Schande für dieses Hohe Haus. Sie sind eine Schande für den Freistaat Bayern.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie sollten sich schämen.

(Zuruf von der AfD: Aber hallo!)

Die Aussage ist zu rügen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Sie sollten sich bei mir entschuldigen. Sie sollten Sie aber vor allen Dingen bei hunderttausend Menschen in Bayern entschuldigen, die sich engagieren und der Opfer beider Weltkriege gedenken, die als Friedensbotschafter dafür sorgen, dass Phänomene wie Sie in unserem Land nie mehr keimen können, dass Menschen wie Sie nie mehr wieder politische Verantwortung bekommen. Sie spucken auf die Köpfe dieser Menschen, wenn Sie von SS-Sprüchen im Bayerischen Landtag sprechen. Schämen Sie sich! Nehmen Sie die Rüge entgegen! Entschuldigen Sie sich vor allen Dingen bei den Menschen, die Sie damit in Misskredit bringen! – Das war die größte Zumutung, die ich erlebt habe, seit ich Mitglied dieses Hauses sein darf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das war die persönliche Erklärung des Kollegen Dr. Mehring. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, es liegt mittlerweile auch – –

(Der Abgeordnete Christoph Maier (AfD) geht zum Rednerpult)

Sie haben die Gegenrede nicht angemeldet. Die Gegenrede kann im Übrigen vom Präsidium entgegengenommen werden, sie muss es aber nicht. Ich werde Ihre Gegenrede nicht annehmen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Mittlerweile liegt jedoch auch der schriftliche Auszug der Ausführungen des Abgeordneten Ralph Stadler vor. Dort heißt es wörtlich:

Wenn man solche Facebook-Einträge sieht wie von Dr. Fabian Mehring mit Soldatenkameradschaften und Bemerkungen wie "in Treue fest" und solchen SS-Sprüchen, das kann doch gar nicht sein.

Sie stellen damit Fabian Mehring, unseren Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, gleich mit den SS-Schergen des Nationalsozialismus. Das ist eine persönlich verletzende Ausführung nach § 117 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag. Deshalb rüge ich Sie ganz ausdrücklich, Herr Abgeordneter Stadler, für diese Entgleisung.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Damit werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/3065 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD sowie der FDP. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der AfD sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Bei Enthaltung des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos).

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung des Dringlichkeitsantrags auf Drucksache 18/3093. Das ist der Antrag der AfD-Fraktion. Die namentliche Abstimmung ist hiermit eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 12:10 bis 12:16 Uhr)